

Aufklärung oder/ und Management

Öffentliche und/ oder unternehmerische Wissenschaft

PETER FAULSTICH

Perspektiven wissenschaftlicher Weiterbildung

Wie fast immer erzeugen binäre begriffliche Entgegenstellungen Schief lagen der Argumentation. Das gilt auch dann, wenn aufklärerische Intentionen wissenschaftlicher Weiterbildung und effektive Organisation ihrer Abläufe und Ergebnisse, d.h. angemessenes Management, als gegensätzlich konstruiert werden, wenn „öffentliche“ und „unternehmerische“ Wissenschaftsansätze als sich gegenseitig ausschließend gedacht werden.

Argumentative Konfusion wird darüber hinaus verstärkt durch unklare Begriffsfassungen: Auch die Dualismen von Aufklärung und Management, von „unternehmerischer“ und „öffentlicher“ Wissenschaft sind begrifflich schillernd, wenn damit ein blanker Gegensatz gemeint wäre. „Unternehmerische Wissenschaft“ ist mindestens zweideutig: zum einen ist damit der betriebswirtschaftlich intendierte Einsatz von Managementstrategien gemeint, zum anderen eine Wissenschaft, die den Interessen der Unternehmen unterworfen wird oder sich selbst unterwirft. Und: Was „öffentliche Wissenschaft“ sein kann unter bestehenden Herrschaftsverhältnissen ist ebenfalls ungewiss. „Öffentlich“, das ist in der Bildungsreformdiskussion deutlich geworden, bedeutet nicht „staatlich“; und der Zustand der medial verbogenen Debatten, hat mit der Intention des „herrschaftsfreien Diskurses“ (Habermas 1972), kaum noch etwas gemeinsam. „Wissenschaft“ in ihrer defizitären Form fördert oft Verdummung statt Aufklärung.

Es ist jedoch trotzdem sinnvoll, diese Gegensätze aufzuspannen und so eine Diskursarena zu öffnen, in dem divergente Positionen wissenschaftlicher Konzepte, die Lage der Hochschulen und resultierende Entwicklungsrichtungen verortet werden können. So war es durchaus riskant und zugleich berechtigt, als Max Horkheimer - Gründungsvater der „Frankfurter Schule“ - „kritische“ und „traditionelle“, d.h. zugleich „affirmative“, Wissenschaft gegeneinander stellte (Horkheimer 1937). Der Kontrast kann dazu dienen, Risiken eines sich verstärkenden ökonomischen Zugriffs auf wissenschaftliche Prozesse und Resultate aufzuzeigen, die die kritische Tradition der Aufklärung zerstören. Wenn demgegenüber Unterschiede und Widerstände vorschnell glattgebügelt werden,

gehen Kritikpotentiale verloren und kritisches Denken schlägt um in Affirmation.

Es sollten deshalb erstens die konkurrierenden Wissenschaftsansätze begrifflich herausgearbeitet, die grundlegenden Positionen verdeutlicht werden, um zu Schlussfolgerungen und Anforderungen für die Aktivitäten wissenschaftlicher Weiterbildung zu gelangen.

Wissenschaftsansätze

Wenn man versucht, die gegenwärtige Lage an den Hochschulen und speziell der „wissenschaftlichen Weiterbildung“ einzuschätzen, hängt dies ab vom dahinterliegenden Wissenschaftsverständnis. Es bestehen Konflikte um die Einordnung von Wissenschaft in Gesellschaft und um die Form ihrer Unterwerfung in ökonomischen und politischen Machtstrukturen. Im Kern geht es beim Verweis auf „öffentliche Wissenschaft“ um die Abwehr unmittelbarer Eingriffe in die relative Autonomie der Hochschulen - die immer schon vorhanden, aber unterschiedlich ausgeprägt war und die zunehmend begrenzt wird. Diskutiert worden ist dies seit fast einem Jahrhundert unter der Alternative von „Kritischer“ versus „Affirmativer“ Wissenschaft.

„Bildung“ und „Wissenschaft“ treten auseinander: der Instrumentalisierung von Wissenschaft entspricht der Zerfall von Bildung.

„Auf dem Weg zur neuzeitlichen Wissenschaft leisten die Menschen auf Sinn Verzicht. Sie ersetzen den Begriff durch die Formel, Ursache durch Regel und Wahrscheinlichkeit“ (Horkheimer/Adorno 1969, S. 11).

Den Fallen dualistischen Denken - hier Kritik, da Affirmation - entgehend, hat Jürgen Habermas als Vertreter der zweiten Generation der „Frankfurter Schule“ einen dreifachen Horizont von Erkenntnisinteressen aufgespannt.

„Für drei Kategorien von Forschungsprozessen läßt sich ein spezifischer Zusammenhang von logisch-methodischen Regeln und erkenntnisleitenden Interessen

nachweisen. Das ist die Aufgabe einer kritischen Wissenschaftstheorie, die den Fallstricken des Positivismus entgeht. In den Ansatz der empirisch-analytischen Wissenschaft geht ein technisches, in den Ansatz der historisch-hermeneutischen Wissenschaften ein praktisches und in den Ansatz kritisch orientierter Wissenschaften jenes emanzipatorische Erkenntnisinteresse ein“ (Habermas 1968, S. 155).

Diese dreifache Perspektive bezieht sich nicht auf Alternativen, sondern kritische Wissenschaft umfasst auch die Horizonte des Erklärens empirischer Phänomene und des hermeneutischen Verstehens. Erfahrungsbezogene wissenschaftliche Arbeit braucht die Kritik, wenn sie nicht bei Instrumenten stehen bleiben und Reflexion ermöglichen will.

Unternehmerische Wissenschaft

Gegenwärtig dominiert im medialen Diskurs das „Leitbild“ einer „unternehmerischen Hochschule“: Instrumente produzierend, an Managementstrategien ausgerichtet und ökonomischen Interessen unterworfen. Es vollzieht sich ein Bruch mit der Tradition akademischer Selbstverwaltung, welche der Wissenschaft relative Autonomie gegenüber direkten ökonomischen und politischen Einflüssen verleihen wollte. Die Selbstverwaltung ist durch den Einbruch von Qualitätssicherungssystemen und betriebswirtschaftlichem Denken bestohlen.

Zunächst erfolgt innerhalb der Hochschulen eine Übernahme von Instrumenten, die sich vermeintlich in Unternehmen bewährt haben: Kennziffern sollen in der Organisation erhoben, Zielvereinbarungen abgeschlossen, Kundenbefragungen durchgeführt, das Controlling verstärkt und Leistungsanreize intensiviert werden.

„Wir sprechen mithin von der managerial revolution des (deutschen) Hochschulsystems, die Praktiken aus dem Reich der Wirtschaftswissenschaften, des Managements und der Unternehmensberatung in das Hochschulwesen einführt. Sie fokussieren auf die Trias unternehmerischen Handelns: Rechenschaftslegung, Transparenz und Effizienz – Begriffe, denen wir in immer mehr gesellschaftlichen Kontexten begegnen“ (Maasen/Weingart 2006, S. 20).

Ökonomisierung betrifft nicht nur die Hochschulen, sondern den Bildungsbereich insgesamt und durchdringt auch noch die letzten Winkel der Gesellschaft.

„Wie aus einem Redenschreibgenerator hört man dabei bis zum Überdross immer wieder folgende Stichworte: „Wettbewerb“ und „Autonomie“, „Exzellenz“ „effektives Management“ und dann natürlich noch „Profilierung“, „Stärken stärken, Schwächen abbauen“, „Wirtschaftlichkeit“, „zusätzliche Finanzierungsquellen angesichts knapper öffentlicher Kassen“, „Modularisierung“, „Internationalisierung“ und selbstverständlich

darf „Marketing“ nicht fehlen und ganz modern, hört man dann vielleicht noch „Virtualisierung““ (Wolfgang Lieb. NachDenkSeiten: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=8139>).

Über die interne Adaption betriebswirtschaftlicher Strategien hinaus ist Tätigkeit am Markt Hauptmerkmal für das Unternehmen Hochschule. Der Zweck des Unternehmens umfasst dabei alle wissenschaftlichen Aufgaben der Hochschule: Forschung und Lehre, Wissenschaftstransfer, Weiterbildungsprogramme und die Verwertung von Forschungsergebnissen in Patenten und Lizenzen. Die Hochschulen werden statt demokratischer Gesetzgebung, den monetären Regeln des Marktes unterstellt.

Die Einführung unternehmerischer Indikatoren, Evaluationen und Rankings an Hochschulen und Forschungseinrichtungen folgt kurzfristig greifenden Kriterien:

- **Brauchbarkeit:** Die Themen der Forschung werden so ausgewählt, dass sie – zumindest langfristig – einsetzbare Resultate versprechen;
- **Verkaufbarkeit:** Sie werden so angelegt, dass sie privatisierbar sind und so dem allgemeinen Zugriff entzogen. Für Transferaktivitäten – Beratung und Weiterbildung – wird ein Instrumentarium entwickelt, das den gegenseitigen Austausch beschleunigt.
- **Steuerbarkeit.** Es laufen Versuche, Forschungsrichtungen so zu drehen, dass sie möglichst effizient ökonomischen Interessen dienen;
- **Aufbereitung:** Dazu muss eine gemeinsame Sprache von Hochschul-, Verwaltungs- und Unternehmensvertretern entwickelt werden. Entsprechend soll sich z.B. Weiterbildung möglichst „passgenau“ in artikulierte „Bedarfe“ einpassen.

Meist übernehmen Universitäten entsprechende Instrumente „copy and paste“ aus der Unternehmenswelt, häufig ohne sich über die ungewollten Nebenfolgen zu informieren, die sie dort oft schon produziert haben. Eine gestärkte, personell und finanziell aufgerüstete Universitätszentrale fordert immer mehr Berichtspflichten ein, was zu den aus Unternehmen bekannten Bürokratisierungseffekten führt: Es werden immer mehr zentrale Stabsstellen geschaffen, die von den operativen Leistungserbringern – den Forschenden – in den Instituten als rasant wachsender Wasserkopf betrachtet werden. Die Effizienzkontrollen demotivieren das wissenschaftliche Personal, das dann im Gegenzug über Prämienzahlungen, Drittmittelzulagen, Wissenschaftspreise, Auszeichnungen und Lehrdeputatsnachlässe sachfremde Anreize erhalten muss.

Das Problem bei der häufig ungeprüften Übernahme von Managementinstrumenten ist, dass sie vielleicht für auf den Ausstoß profitabler Produktion geeichte Unternehmen Sinn machen mögen, dass sie aber für die wissenschaftliche Arbeit ungeeignet sind. Wissenschaftliche Prozesse des Suchens nach neuen Resultaten lassen sich kaum planen. Wissenschaftler werden nicht innovativer bzw. kreativer, wenn sie mehr Geld bekommen. Deswegen brechen sich die Steuerungsvorstellungen der Zentralen bzw. Präsidien in der alltäglichen Forschungs- und Lehrarbeit und sie erzeugen nicht-intendierte Effekte und Widerstände.

Die Einrichtungen der Hochschulweiterbildung erweisen sich oft als Vorreiter unternehmerischen Denkens in den Hochschule. Sie stehen unter einem besonderen Legitimationsdruck. Sie werden zwischen Präsidien, Forschenden und Abnehmenden in einen Schraubstock gespannt, der sie in immer neue Modelle und Projekte presst. Ihren Berechtigungsnachweis erhalten sie vor allem durch das Einwerben von „Drittmitteln“, was ihre Abhängigkeit von externen Interessen verstärkt. Deshalb sind Managementstrategien hier besonders verbreitet.

Diese Entwicklungen werden übersehen und gleichzeitig verstärkt durch eine selbstverschuldete „Betriebsblindheit“ in den Aktivitätszentren der Hochschulweiterbildung. Die vorherrschenden Diskussionen drehen sich gebetsmühlenartig um ‚M&M-Themen‘, um Management und Marketing, während es in den 1970er bis 1990er Jahren die KuK-Themen - Kooperation und Konkurrenz im Verhältnis zu andern Weiterbildungsanbietern - waren.

Öffentliche Wissenschaft

Aber gäbe es nicht alternative Strategien, um das Profil wissenschaftlicher Weiterbildung gegenüber der riskanten hegemonialen Tendenz der „unternehmerischen Hochschule“ zu stärken? Dazu müsste ein Diskurs über die Grundlagen und den Stellenwert der Weiterbildungsbeteiligung der Hochschulen im Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft neu aktiviert werden. Ihre Ursprünge hatten die Aktivitäten schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts mit den Initiativen zur „Öffnung der Hochschulen“ (Faulstich 1982), eine Hochwelle wurde erreicht in den Debatten um eine demokratische Hochschulreform, die 1960 anhub (Sozialistischer Deutscher Studentenbund SDS 1961) und sich bis heute fortsetzt (Hans-Böckler-Stiftung HBS 2008).

Bisher sind die Zentren, Kontaktstellen, Präsidialreferate, oft auch nur Projekte oder Modelle wissenschaftlicher Weiterbildung eher kleine Pflänzchen am Rande des Diskurses, die immer wieder von den Platzhirschen in der Forschung abgefressen werden. Die geforderte Trias der Hochschulaufgaben als Forschung, Lehre und Weiterbildung ist kaum gelungen. Entweder wird wie beim Wissenschaftstransfer die Forschungsorientierung in der Form von Verkaufsorientierung dominant, oder aber die grundständige Lehre verschlingt die Ressourcen. Hier könnten aber auch Chancen weiter geöffnet werden, wenn Weiterbildung im Einbezug in

Lehre im BA-/MA-System als zeitgemäße Form entwickelt und betont wird.

Ansonsten wird Weiterbildung an Hochschulen in immer neue, der political correctness geschuldete Legitimationsprogramme für Sondergruppen gezwungen: Waren es zunächst Arbeiterkinder, so folgten Frauen, dann Ältere, Kinder und nun die Migrantinnen.

Damit würde aber die Reichweite von Weiterbildungsstrategien nicht genutzt. Helfen könnte es, in der Tradition der Aufklärung (Faulstich 2011), Vermittlung und Verbreitung wissenschaftlichen Wissens als eine Hauptaufgabe der Wissenschaft selbst zu begreifen. Es ist üblich geworden, in wissenschafts-, hochschul- und weiterbildungspolitischen Diskussionen auf den tiefen Graben zwischen spezialisierter, disziplinärer Forschung und deren öffentlicher Wahrnehmung und Verbreitung, politischer Umsetzung oder ökonomischer Verwertung hinzuweisen. Je schneller die Wissenschaftsproduktion voranschreitet, desto breiter wird die Kluft zur Wissensdistribution. Der wachsende Umfang wissenschaftlicher Informationen behindert eine breitere Rezeption über einen kleinen Kreis einschlägiger Experten hinaus.

Allerdings gilt gemessen an der Neutralitäts- und Autonomieillusion eine Publizität der Wissenschaft oft als anrühlich und geschmacklos. Wissenschaft in der Demokratie sollte demgegenüber aber ein Interesse daran haben, dass Prioritäten- und Ressourcenentscheidungen auf der Grundlage vernünftiger Argumente gefällt und Partizipation gestärkt wird. Dazu benötigen die am Entscheidungsprozess Beteiligten, d.h. sowohl die politischen Akteure als auch ein demokratisches Publikum, Wissen über Wissenschaft. Dies zu verbreitern, zugänglich und öffentlich zu machen, ist Aufgabe von Wissenschaft selbst. Im Rahmen der Diskussionen über „öffentliche“, „öffentlich verantwortete“ und „offene“ Wissenschaft ist dies Grundtenor (Faulstich 2006).

Die Protagonisten des SDS haben in der Denkschrift zur Hochschulreform „Hochschule in der Demokratie“, veröffentlicht 1961, die Melodie angestimmt, die in Absetzung gegen die „Ordinarien-Universität“ eine Öffnung für neue Adressaten, neue Themen und neue Methoden einläuten sollte: Die soziale Reproduktion von Hierarchien in der schulischen, hochschulischen und beruflichen Bildung sollten so transformiert werden, dass mehr und neue Adressaten gefördert und materiell unabhängig gemacht werden, damit sie forschen lernen und sich weiterbilden können.

Die Denkschrift erhielt durchaus Langzeitwirkung. Im späten Nachklang hat der Vorstand der Hans-Böckler-Stiftung das Projekt „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule“ in Kooperation mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften durchgeführt. Einige Kernthesen verdeutlichen das Konzept (gekürzt aus HBS 2010):

Voraussetzung ist, dass 1. die Hochschule ihre Verantwortung für die demokratische und soziale Entwicklung der Gesellschaft wahrnimmt; 2. die Autonomie der Hochschule in staatlicher Verantwortung gestärkt wird; 3. die Hochschule sozial geöffnet, Chancengleichheit verwirklicht und neue Bildungswege etabliert werden; 4. die Internationalisierung von Wissenschaft solidarisch weiterentwickelt wird; 5. der Tertiäre Bereich differenziert, durchlässig und gleichwertig gestaltet wird; 6. Kooperation, Verantwortung und Transparenz in der Forschung gestärkt werden; 7. das Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung gestaltet wird; 8. die wissenschaftliche Weiterbildung zu Angeboten des Lebenslangen Lernens ausgebaut werden kann; 9. die Qualität von Studium und Lehre durch Evaluierung und Akkreditierung konsequent verbessert wird; 10. der Arbeitsplatz Hochschule attraktiv gestaltet werden kann; 11. das Hochschulmanagement professionalisiert, Mitbestimmung und Partizipation in der Hochschule ausgebaut werden; 12. die öffentliche Finanzierung der staatlichen Hochschulen sichergestellt wird; 13. eine gemeinsame Plattform für die demokratische und soziale Neugestaltung der Hochschulen geschaffen wird.

Es geht der HBS um Versuche, wissenschaftliche Aktivitäten sowohl in Forschung als auch in Lehre auf gesellschaftliche Probleme zu beziehen und umgekehrt wissenschaftliche Impulse für eine verbesserungswürdige Wirklichkeit zu geben. Der stärkere Rückbezug auf gesellschaftliche Problemlagen ist angesichts intensiverer Zugriffsversuche durch Politik und Ökonomie für den wissenschaftsspezifischen Wahrheitsdiskurs aber durchaus riskant. Die schwierige Leistung ist es, Mittellagen zu organisieren: Hochschulen dürfen, wenn sie ihren Wissenschaftsanspruch behalten wollen, einerseits nicht zu verlängerten Werkbänken der Unternehmen werden, gleichzeitig darf aber, um das Innovationspotential der Wissenschaft zu erhalten, andererseits kein erneuter Rückzug in den Elfenbeinturm erfolgen. Es geht um relative Autonomie wissenschaftlichen Denkens, dass sich der unmittelbaren Umsetzung und Verwertung entzieht. Versuche, Forschungsprozesse unmittelbar kommerziellen oder politischen Strategien unterzuordnen, erzeugen selbst Reflexionshemmnisse. Das zentrale Moment der Wissenschaft, die Suche nach Wahrheit, ist durch direkte Indiennahme für außerwissenschaftliche Interessen gefährdet. Es wird ein Prozess der Selbstreflexion und der Aktivitätenbeurteilung angestoßen.

Dies trifft innerhalb des laufenden Wissenschaftsbetriebs auf konkurrierende Begründungsmodelle mit widerstreitenden Legitimationsannahmen. Ein pragmatisch reflektiertes Konzept wissenschaftlicher Weiterbildung benötigt einen Wissenschaftsbegriff, der die Trennung von Technologie und Reflexionstheorie überwindet. Dies führt auch dazu, Rezeptillusionen zu vermeiden. Die Vorstellung, die Wissenschaft habe fertige Antworten auf vorgegebene Fragen, hat sich als Illusion erwiesen. Vielmehr erzeugt Wissenschaft selber die Fragen, auf welche sie die Antwort gibt.

Die Produktion von wissenschaftlichen Resultaten und deren Verwendung als Technologie macht zweifellos die Erfolgsgeschichte moderner nomologischer Wissenschaft aus. Ein Großteil unserer Lebenszusammenhänge beruht auf den Resultaten solcher Transformations- und Transferprozesse, welche zunehmend beschleunigt, gleichzeitig verstetigt und institutionalisiert werden.

Gleichzeitig müssen Strategien wissenschaftlicher Weiterbildung die Beschränktheit bloßer Instrumentalität reflektieren. Soziale Probleme werden durch wissenschaftliche Forschung niemals vollständig und prognostisch gelöst. Es entstehen Nebenfolgen und daraus resultierend eine anschwellende Risikodebatte, die ökologische und soziale Probleme der Wissenschaft anlastet.

Über instrumentelles Eingriffswissen und praktische Handlungsfähigkeit hinaus basiert Wissenschaft auf der Möglichkeit von Wahrheitssuche. Dies impliziert nicht nur wissenschaftliche, sondern auch ethische Diskussionen, nicht nur um Effizienz-, sondern auch um Legitimationsprobleme von Wissenschaft. Je größer das Gewicht von Wissenschaft für gesellschaftliche Entwicklung, je höher ihr Anteil an ökonomischen Ressourcen, desto stärker wachsen auch die an ihre Funktion und Leistung gestellten Anforderungen. Erst damit findet ein konzeptionell geklärter Pragmatismus wissenschaftlicher Weiterbildung seine Basis.

Weiterbildung könnte den Anlass liefern, Hochschule anders zu denken, eben nicht mehr als „unternehmerisch“ sondern als „öffentlich“. Der Rückbezug und die Entwicklung „öffentlicher Wissenschaft“ an Hochschulen und Forschungseinrichtungen folgen eher langfristig greifenden Kriterien:

- **Begreifbarkeit:** Wissenschaft im aufklärerischen Impetus bezieht sich auf Erklärung, Verstehen und Begreifen von Welterfahrung. Sie zielt nicht auf die unmittelbare Brauchbarkeit für instrumentelle Verwendung sondern auf Orientierung.
- **Zugänglichkeit der Ergebnisse** wissenschaftlicher Forschung in öffentlicher Verantwortung steht im Vordergrund, nicht eine Verkaufbarkeit, die sich über Patente und Lizenzen allgemeiner Nutzung entzieht.
- **Suchbewegungen des Forschens** braucht Ergebnisoffenheit, die zielgenaue Steuerbarkeit ausschließt.
- **Verständlichkeit** benötigt eine Aufbereitung für Partizipationschancen. Damit steigt allerdings das Risiko als unwissenschaftlich diffamiert zu werden.

In dem Konzept „Demokratische und Soziale Hochschule“ der Hans-Böckler-Stiftung erhält wissenschaftliche Weiterbildung einen hohen Stellenwert: Sie wird für die persönli-

che und berufliche Entwicklung zunehmend wichtiger, weil wissenschaftliches Wissen unser Arbeiten und Leben immer mehr bestimmt. Sie ist deshalb als ein Angebot im Kontext Lebenslangen Lernens auszubauen. Wissenschaftliche Weiterbildung muss zugänglich sein, den gleichen Qualitätskriterien wie die wissenschaftliche Ausbildung genügen und die erforderliche Gestaltungsfähigkeit vermitteln. Eine „Demokratische und Soziale Hochschule“ begreift wissenschaftliche Weiterbildung als Brücke zur Überwindung von Bildungshierarchien, versteht sich als Bindeglied zwischen gesellschaftlichen und individuellen Bildungsinteressen und erkennt darin vor allem ein Entwicklungspotenzial für ihr eigenes Profil.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen öffentlich verantwortete Weiterbildungsangebote vorgehalten und ausgebaut werden. Wissenschaftliche Weiterbildungsangebote müssen auch ohne Studium offenstehen und bezahlbar bleiben. Die wissenschaftliche Weiterbildung ist nicht nur am Bedarf der Wirtschaft auszurichten, sondern sie sollte sich auch an biografischen Perspektiven, Handlungskompetenz erweitern und kulturelle und politische Interessen aufnehmen. Hochschulen müssen über Lehrressourcen für Weiterbildung verfügen. Wissenschaftliche Weiterbildung sollte in der Hochschulorganisation und -planung einen zentralen Ort erhalten (Hans-Böckler-Stiftung 2010, S. 25/26 stark gekürzt).

Hochschulweiterbildung sichert – wenn wir die Dualismen doch noch einmal bewusst strapazieren – statt als Einfallstor unternehmerischer Strategien in die Hochschulen zu dienen den Zugang in öffentlicher Verantwortung.

Wissenschaft in öffentlicher Verantwortung

Gerade in der gegenwärtigen Situation in den Hochschulen und ihrer Indienstnahme durch Wirtschaftsinteressen ist es angebracht, öffentliche Verantwortung stark zu machen. Im hegemonialen Diskurs, der dominiert wird durch Wettbewerbs- und Standortstrategien und in dem Wissenschaft vernutzt wird für ökonomische Innovationsversuche, bedarf es des renitenten Arguments und des Verweises, dass Wissenschaft primär der Wahrheit verpflichtet bleibt und sich richtet gegen Verhältnisse, welche Verdummung, Unterwerfung, Abhängigkeit und Ausbeutung befördern. Zu diesem Prozess kann Weiterbildung an Hochschulen beitragen.

Literatur

Faulstich, P. (1982): Hochschule und Weiterbildung. München.

Faulstich, P. (Hrsg.) (2006): Öffentliche Wissenschaft – Neue Perspektiven der Vermittlung in der wissenschaftlichen Weiterbildung. Bielefeld.

Faulstich, P. (2011): Aufklärung, Wissenschaft und lebensentfaltende Bildung. Bielefeld.

Habermas, J. (1968): Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt/M.

Habermas, J. ([1972] 1995): Wahrheitstheorien. In: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/M.

Hans-Böckler-Stiftung (2010): Das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule. Vorschlag für die Hochschule der Zukunft. Düsseldorf.

Horkheimer, M. ([1937, 245-295] 1970): Traditionelle und kritische Theorie: Fünf Aufsätze. Frankfurt/M., S. 12-56.

Horkheimer, M./Adorno, T. W. (1969): Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/M.

Maasen, S./Weingart, P. (2006): Unternehmerische Universität und neue Wissenschaftskultur. Halle. <http://ids.hof.uni-halle.de/documents/t1492.pdf>

Nitsch, W. (2009): Hochschule in der Demokratie – Demokratie in der Hochschule. www2.bdwi.de/uploads/nitsch_langfassung.pdf

Sozialistischer Deutscher Studentenbund SDS (1961): Hochschule in der Demokratie. Berlin.

Autor

Prof. Dr. Peter Faulstich
peter.faulstich@uni-hamburg.de